

stadtrotinfo

Erste Zwangsumzüge nach der Wahl?

Unbefriedigende Antworten zu Hartz IV im Sozialausschuss

Seite 2



Entgeltordnung für Ganztagschule ungerecht

Selbst Niedriglöhner sollen zahlen – Schulgeld durch Hintertür

Seite 4



Doppelpass-Anschreiben:

Ein Flop in Essen – Menschen weiter verängstigt

Seite 4

Haushalt 2005:

10% Kürzung sofort – Streichorgie nach der Landtagswahl

Die Haushaltskonsolidierung soll intensiviert werden, das hat Oberbürgermeister Dr. Reiniger bei der Haushaltseinbringung im April 2005 angekündigt. Aber so kurz vor der Landtagswahl im Mai wollte die schwarz-grüne Stadtregierung noch nichts Konkretes aus dem Sack lassen. Im Laufe des Jahres sollen die Einsparungen dann aber benannt werden. Vor allem im Bereich Jugend/Schule/Soziales und beim Immobilienmanagement werden die Spar-Schwerpunkte liegen, die vor allem ab 2006 haushaltswirksam werden sollen.

Gespart wird aber bereits heute. Der Kämmerer hat von seinem Nothaushaltsrecht Gebrauch gemacht. Alle Haushaltsansätze sind pauschal um 10 % gekürzt worden, darüber hinaus dürfen nur die unabwiesbaren Ausgaben getätigt werden. Daran wird sich im ganzen Jahr 2005 nichts ändern. Denn niemand rechnet mit einer Genehmigung des Haushaltes 2005 durch den Regierungspräsidenten. Die Voraussetzung dafür wäre ein Haushaltssicherungskonzept, mit dem ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden kann. Das liegt jedoch nicht vor.

Im Gegenteil: Essen hat ein jährliches Defizit im laufenden Verwaltungshaushalt von 441 Mio. Euro und bildet damit landesweit das Schlusslicht. Statt endlich nach vielen Jahren wieder einmal

die Gewerbesteuer zu erhöhen, sollen die Konzerne der Stadt nicht weiter belastet werden. Die Haushaltskonsolidierung soll allein durch Einsparungen in Höhe von 100 Mio. Euro bis 2008 betrieben werden. Und wie immer soll zu Lasten von "Otto Normal-

verbraucher" gespart werden. Bereits in der nächsten Ratssitzung am 25. Mai soll der Stadtrat die Einschaltung externer Berater beschließen, die Sparvorschläge für die Bereiche Jugend/Schule/Soziales und Immobilienmanagement machen sollen. Beispielsweise soll untersucht werden, wie die Mietkosten von Alg-II-Beziehern, die einen erheblichen Anteil am Sozialhaushalt ausmachen, gesenkt werden können. Und das, obwohl die Stadt durch Hartz IV allein 2005 um 33,6 Mio. Euro entlastet wird.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Ratsgruppen haben die Rats-Fraktionen in den letzten Wochen informelle Gespräche über die Stadtfinanzen geführt. Es ist zu befürchten, dass die Grundlinien der Haushaltskonsolidierung von den Fraktionen CDU, SPD, Grüne und EBB gemeinsam getragen werden. Gegen solche Klügelwirtschaft fordert die PDS mehr Einfluss der Einwohner/innen an der Haushaltsaufstellung, z.B. in Form von Beteiligungshaushalten.

(Gabriele Giesecke)



1. Mai-Demonstration des DGB in Essen. Die Gewerkschaft ver.di protestierte gegen die von der Landesregierung geforderte Verlängerung der Arbeitszeiten. Oberbürgermeister Dr. Reiniger, der statt eines Grußwortes eher eine Wahlkampfrede für die CDU hielt, wurde von einem gellenden Pfeifkonzert begleitet.

Soziale Alternative für NRW

Protest braucht eine linke Stimme: PDS

Am 22. Mai 2005 wird der Landtag in Düsseldorf neu gewählt. Die PDS NRW kandidiert als soziale Alternative zur Politik der bisher im Landtag vertretenen Parteien.

"Geld regiert die Welt". Diesem Satz scheint sich die herrschende Politik verschrieben zu haben. Alles soll dem Gewinnmaximierungsprinzip des Marktes untergeordnet werden. Die PDS steht auf der Seite derer, die sagen: "Eine andere Welt ist möglich". Soziale Gerechtigkeit und Solidarität sind für uns unverzichtbare Grundwerte, um ein vernünftiges gesellschaftliches Zusammenleben zu gewährleisten. Und Demokratie! Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger durch Volksentscheide, Bürgerbegehren und bei der Beratung kommunaler Haushalte beteiligt werden und dass auch in der Wirtschaft Demokratie kein Fremdwort bleibt.

Die PDS tritt in fast allen Wahlkreisen in NRW an. In Essen kandidieren: Günter Wolf (ver.di-Gewerkschaftssekretär, Wahlkreis 65 – Nord), Bülent Karakus (Lagermeister, Wahlkreis 66 – Ost), Martin Burwick (Azubi zum Kinderpfleger, Wahlkreis 67 – Essen-Mitte/West) und Cornelia Seltmann (Medizinische Dokumentationsassistentin; Wahlkreis 68 – Süd). Eine soziale Alternative ist also wählbar – PDS!

VHS-Cafeteria: Endlose Geschichte beenden

Seit mehr als einem Jahr ist die Verwaltung der Stadt Essen nicht in der Lage, einen Pächter für die Cafeteria der neuen Volkshochschule zu finden. Die PDS-Ratsgruppe hat dazu jetzt einen Antrag zur nächsten Stadtratssitzung am 25.5.2005 gestellt. Sie erwartet von der Verwaltung einen Bericht zu den bisherigen Verhandlungen.

PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke: "Die unendliche Geschichte der Verpachtung der VHS-Cafeteria muss schnellstens beendet werden. Wenn zu den bisherigen Bedingungen kein Pächter gefunden wurde, muss die Stadt Alternativen entwickeln und nicht immer wieder Verhandlungen scheitern lassen."

Die PDS bringt mit ihrem Antrag selbst Alternativen zur bisherigen Verpachtungsstrategie ins Spiel. So wäre es denkbar, die Cafeteria

an einen Betreiber zu vergeben, der vorwiegend schwerbehinderte Menschen beschäftigt, z.B. ein gemeinnütziger Verein. Natürlich müsste die Stadt einem solchen Betreiber bei der Pacht entgegenkommen. Das kann sich sehr wohl für den Sozialetat rechnen, wenn nämlich einige Menschen Beschäftigung finden, die sonst kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Eine andere Möglichkeit wäre die Förderung von Existenzgründern durch einen moderaten Pachtzins.

Die VHS ist eines des Aushängeschilder Essens. Mit der ansprechenden Architektur der neuen VHS und ihrer zentralen Lage in der Innenstadt hat eine Cafeteria in der VHS gute Voraussetzungen, die VHS noch stärker als Treffpunkt und Ort der Kommunikation zu etablieren.

(Pressemitteilung)

Erste Zwangsumzüge nach der Wahl?

Unbefriedigende Antworten zu Hartz IV im Sozialausschuss

Unzufrieden ist die PDS mit der Beantwortung eines Fragenkatalogs zu Hartz IV in der Sozialausschuss-Sitzung am 17.5.2005. Obwohl die Fragen der PDS seit über 4 Wochen vorliegen, sollten sie zunächst gar nicht im Mai beantwortet werden. Immerhin war ein paar Tage später Landtagswahl.

Viele Fragen blieben auch so offen – oder soll man besser sagen: Viele Informationen wurden unter der Decke gehalten? So werden die JobCenter ab Juni – also wenige Tage nach der Landtagswahl – Menschen mit Mieten oberhalb der Richtwerte zu Umzügen auffordern. Diese Information wurde nicht etwa im Sozialausschuss gegeben, die PDS erhielt sie kurz nach Sitzung von anderer Seite. Dazu passt, dass die CDU in der Ausschusssitzung schon einmal deutlich machte, dass sie an Kosten für Hartz IV sparen will – und da bleibt als kommunaler Spielraum nur der Druck auf die Mietkosten. Um Zwangsumzüge für die Betroffenen – deren Zahl weiterhin unklar ist – zu verhindern bzw. gering zu halten, fordert die PDS schon lange eine Anhebung der Mietobergrenzen. Sie sind seit Jahren nicht angepasst worden und viel zu niedrig. Ein weiterer kritischer Punkt: In Essen sind aktuell 1.600 Menschen in 1-Euro-Jobs beschäftigt, das JobCenter macht aber weder eine Aussage, wie und wo die Menschen beschäftigt werden,

noch wie sie qualifiziert werden. Die Antwort soll erst im Sommer erfolgen. Dazu passt, dass die JobCenter erst jetzt beginnen, Menschen Bildungsmaßnahmen anzubieten, um ihre Vermittlungschancen zu verbessern. Auch zur

Frage nach bisher verhängten Sanktionen soll erst im Sommer berichtet werden. Bisher habe man sich zurückgehalten und nicht sanktioniert, so die mündliche Aussage von Herrn



Steiner, Chef der Essener JobCenter. Wie viele Menschen eigentlich ohne Krankenversicherung dastehen, weil ihr Alg-II-Antrag abgelehnt wurden,

ist nicht bekannt. Überhaupt wurden keine Zahlen über abgelehnte Anträge und gestellte Widersprüche bekannt gegeben. Für Frauen, die ins Frauenhaus flüchten mussten, ist ebenso wenig eine tragfähige Lösung gefunden worden wie für die jugendlichen Flüchtlinge, die nur einen Duldungsstatus haben. Sie haben keinen Anspruch auf Alg II und fallen durch alle Raster: Nach der Schule z.B. haben sie keine Chance auf eine berufliche Qualifizierung. Angesichts dieser und vieler sozialer Probleme, die mit der Umsetzung von Hartz IV verbunden sind, ist es erschreckend, dass das JobCenter Essen bis zum Sommer mit einem Anstieg der betroffenen Haushalte auf 42.000 rechnet. Trifft diese Prognose zu, wären dann rund 84.000 Menschen auf Alg II angewiesen. D.h. rund 14 % der Essener lebten unter dem Existenzminimum.

(Gabriele Giesecke)

Weiter so! Grüne für Hartz-IV-Beratung

Endlich hat eine PDS-Forderung Aussicht auf Erfolg! Die grüne Ratsfrau Müller-Hechfellner verlautete in den "Grünen Zeiten", der Zeitung der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ausgabe Mai 2005: "Die Grüne Fraktion verfolgt weiterhin (Hervorhebung von uns) das Ziel, eine Sozial- oder Arbeitslosenberatung in Essen einzurichten ... Dabei ist uns die Unabhängigkeit einer solchen Einrichtung von JobCenter oder Sozialverwaltung wichtig." Erfreulich, nur fragt sich der politisch Interessierte: Warum ist die angeblich "grüne" Forderung nicht schon lange umgesetzt, zumal CDU und Grüne eine Mehrheitskoalition haben? Die PDS hat die Forderung nach einer unabhängigen Beratungs-

stelle für Hartz-IV-Betroffene das erste Mal in einem Antrag im Juli 2004 im Sozialausschuss aufgestellt. Der Antrag wurde zur Prüfung an die Verwaltung verwiesen. Es geschah jedoch nichts.

Im Herbst letzten Jahres, als es um die Einrichtung der ARGE ging, hat die PDS einen entsprechenden Antrag in den Rat eingebracht. Dieser Antrag wurde von den großen Ratsparteien abgelehnt – auch von den Grünen. Immerhin: In der Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Grün tauchte die Forderung plötzlich auf, Nun harrt sie der Umsetzung, offensichtlich mit nun immerhin entschiedener Unterstützung der Grünen.

Gabriele Giesecke

Dürftiger Beitrag zum 60. Jahrestag der Befreiung

"Barrieren durchbrechen, Brücken bauen" heißt die Ausstellung, die zur Zeit im Foyer des Rathauses läuft. Noch im März kündigte Oberbürgermeister Dr. Reiniger im Stadtrat die Ausstellungseröffnung am 9. Mai als den zentralen Beitrag der Stadt Essen zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus an. Ein PDS-Antrag für eine angemessene Gedenkveranstaltung der Stadtspitze war seiner Ansicht nach somit überflüssig. Zumindest als Beitrag zur Befreiung vom Faschismus ist die Ausstellung jedoch dürftig und fragwürdig.

"Zusammenhang- und kommentarlos zeigt die Ausstellung Fotos von Soldaten," meint PDS-Ratsherr Markus Renner. "Es wird nicht unterschieden zwischen Angreifern und Verteidigern, zwischen Tätern und Opfern. Die

Leiden der Zivilbevölkerung bleiben außen vor. Das halten wir für ausgesprochen problematisch. Eine solche Darstellung der Schrecken des Krieges wird der Rolle des Deutschen Reiches als Verursacher des fürchterlichsten Krieges der Geschichte nicht gerecht. So wichtig die einzelnen Fotos als zeitgeschichtliche Dokumente sind, so wirkungslos verpuffen sie in ihrer unglücklichen Konzeption und der für diese Ausstellung falsch gewählten Örtlichkeit."

Wie gering der Stellenwert der Ausstellung in der Stadtpolitik eingeschätzt wird, lässt sich auch daran ablesen, dass sich abgesehen vom Oberbürgermeister, einem PDS-Ratsherrn und einer CDU-Ratsfrau kein Ratsmitglied zur Ausstellungseröffnung sehen ließ.

Kameradschaften verbieten!

PDS-Kommunalpolitiker schreiben an Landesinnenminister

In einem offenen Brief fordern die nordrhein-westfälischen Kommunalpolitiker der PDS Landesinnenminister Dr. Fritz Behrens auf, ein Verbot der neonazistischen Kameradschaften und autonomen Nationalisten usw. durchzusetzen. Die Essener Mandatsträger/innen der PDS-Ratsgruppe haben diesen offenen Brief angesichts der wiederholten Aufmärsche von Neofaschisten in Essen initiiert.

Gerade die Kameradschaften und "Autonomen Nationalisten" stellen sich immer mehr in die Tradition der NSDAP. Eine Essener Kameradschaft nennt sich nach dem letzten Essener NS-Gauleiter. Auch daran wird deutlich: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Ein Verbot ersetzt die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem braunen Gedankengut nicht, aber es erschwert es den Neonazis, sich in dieser

Gesellschaft breit zu machen. Nicht nur in Essen, wo am 21.5.2005 schon wieder ein Aufmarsch stattfinden soll, auch landesweit nimmt die Zahl der neonazistischen Aufmärsche zu. Nach Ansicht der PDS kann es nicht angehen, dass die Polizei diese Aufmärsche ständig schützen muss. Vielmehr ist die Landesregierung aufgefordert zu handeln und sie kann es auch. Die Innenminister der Länder können neonazistische Kameradschaften auf Grundlage der geltenden Gesetze verbieten und auflösen. "Das Land Berlin hat erst kürzlich vorgemacht, dass ein solches Verbot möglich ist, soweit sich die Tätigkeit der verbotenen Organisationen auf das Gebiet des jeweiligen Bundeslandes beschränkt," stellen die PDS-Kommunalpolitiker/innen in ihrem Brief an Innenminister Behrens fest. (Markus Renner)

Aus der Bezirksvertretung III**Beteiligungshaushalt möglich**

Marius Nieland, noch recht neuer Stadtkämmerer, hat in einem Schreiben an alle Ratsmitglieder und alle Bezirksvertreter zu einer Anfrage der Bezirksvertretung III (Essen-West) zum Beteiligungshaushalt Stellung genommen. Die Anfrage war von der PDS initiiert worden.

Als Ziele eines Bürgerhaushaltes werden mehr Transparenz, verbesserter Dialog zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung, sowie Entscheidungshilfen für die Politik benannt. Danach werden die Bausteine des Bürgerhaushaltes benannt, die in einigen Projektkommunen schon erprobt wurden. Solche Ziele sind mehr Informationen, Schulungen, Bürgerforen und vor allem eine umfassende Rechenschaftslegung. Im Schreiben wird hervorgehoben: "Für die Durchführung eines Bürgerhaushaltes ist nach Auffassung des Innenministeriums keine Änderung der Gemeindeordnung erforderlich."

Trotzdem: Einen "förmlichen Einstieg" in einen Beteiligungshaushalt soll es in Essen nicht geben, wegen des "damit verbundenen immensen Aufwandes" (Nieland). Allerdings wolle sich die Kämmererei um mehr Transparenz bemühen, z.B. durch die "Abbildung des Haushaltes im städtischen Internet-Portal". Dies reicht der PDS-Ratsgruppe nicht aus. Sie will sich dafür einsetzen, dass in Essen ein Beteiligungshaushalt umgesetzt wird. Als Einstieg sollten die Haushalte der Bezirksvertretungen beteiligungsorientiert aufgestellt werden. (syb)

Hundewiese Jahnplatz

Mit zwei Gegenstimmen aus CDU und EBB hat die Bezirksvertretung III in ihrer letzten Sitzung am 19.5.2005 die Verwaltung gebeten, die Einrichtung einer Hundewiese hinter dem Jahnplatz zu prüfen. Der Antrag der PDS ging auf eine Anregung des Runden Tisches Jahnplatz zurück. Die Anwohner hatten sich auch bereit erklärt, einen Automaten für Hundetüten zu betreiben, sofern ein solcher Automat aufgestellt wird. Der vorgeschlagene Platz liegt zwischen Jahnstrasse, Bülsebeckstrasse und Holdenweg, hinter dem Bolzplatz Griepersstrasse. Er wurde früher von Kindern zum Spielen genutzt. Dafür wird er jedoch nicht mehr gebraucht, da der Jahnplatz im Zuge der Umgestaltung für Kinder erheblich aufgewertet wurde. (wof)

Entgeltordnung für Ganztagschule ungerecht

Selbst Niedriglöhner sollen zahlen – Schulgeld durch Hintertür

In der Sitzung des Rates am 27.4. hat die Ratsmehrheit beschlossen, der Verwaltungsvorlage zur Umsetzung der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) trotz der strittigen Punkte wie Hortschließungen, nicht zu erkennendem pädagogischen Konzept und der geplanten, ungesunden Ernährung aus Großküchen, zuzustimmen.



Bereits in der letzten Ausgabe des "Stadttrotinfos" haben wir auf die zu kritisierenden Punkte in dieser Vorlage hingewiesen. Einer der wichtigsten dieser Punkte ist zunächst von dem Beschluss ausgenommen und in die nächste Ratssitzung geschoben worden: Die Entgeltordnung. Neben der SPD haben auch SPD, CDU und Grüne erkannt, dass die in der Verwaltungsvorlage vorgesehene Regelung sozial unausgewogen ist und angeregt, das "Dortmunder Modell" zu übernehmen, welches sozialverträglicher gestaltet ist.

Allerdings ist auch beim "Dortmunder Modell" das Hauptproblem ein zu niedrig angesetzter Eingangssatz in die erste Staffelung, der Niedriglohnjobber hart trifft. Eltern, deren Einkommen über 12.271 € im Jahr liegt, zahlen in Dortmund 20 €, nach der Essener Vorlage 22 € ohne, bzw. 26 € mit Ferienbetreuung. In Essen soll für Geschwisterkinder noch mal die Hälfte dieser Beträge entrichtet werden. Das Mittagessen ist darin nicht ent-

halten, dafür muss dann nochmals extra bezahlt werden.

Nehmen wir nun einen Niedriglohnjobber, der über eine Zeitarbeitsfirma vermittelt wird: Er bekommt 6,85 € in der Stunde, was ihm bei monatlichen 160 Std. im Jahr ein Bruttoeinkommen von 13.152 € im Jahr einbringt. Dies ist zu wenig, um davon einen OGS-Platz zu finanzieren, geschweige denn, diesen auch noch einem Geschwisterkind zu ermöglichen. Gerade die Kinder, die es am nötigsten hätten, im Rahmen der OGS einen geregelten Tagesablauf mit regelmäßigen warmen Mahlzeiten und dem richtigen Ausgleich zwischen Lernen und Freizeit zu erfahren, werden nicht erreicht. Ihre Eltern können die Offene Ganztages nicht finanzieren.

Das "Dortmunder Modell" sollte in Essen nur dann zur Anwendung kommen, wenn der Eingangssatz zur ersten Staffel deutlich angehoben wird. Dabei ist unserer Ansicht nach jede Entgeltordnung, so sozial ausgewogen sie auch sein mag, im Grundsatz abzulehnen. Die PDS sieht hinter Gebühren für die Betreuung von schulpflichtigen Kindern im Rahmen der OGS die Einführung eines indirekten Schulgeldes. Dies lehnen wir ab. In den Ganztagschulen der Sekundarstufe I. müssen die Eltern keine Gebühren zahlen. Im Rahmen der OGS sollte dies eigentlich auch möglich sein.

Markus Renner

Sprechstunde der Ratsmitglieder

Die PDS-Ratsmitglieder wollen in Zukunft noch leichter ansprechbar sein. Dazu gibt es eine regelmäßige Sprechstunde. Sie ist – außer an Feiertagen – jeden Montag von 17.00 – 18.00 Uhr im PDS-Büro, An St. Marien 1. Unsere beiden Ratsmitglieder, Gabriele Giesecke und Markus Renner, sind dort erreichbar.

Termine

Sonntag, 22.5.

Landtagswahl – PDS wählen gehen!



PDS Essen lädt ein zur Wahlfete.

Ab 18.00 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Montag, 23.5.

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Dienstag, 24.5.

PDS-Kreisvorstand. 19.30 Uhr, PDS-Büro

Montag, 30.5.

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Mittwoch, 1.6.

"Ich war Hitlerjunge Salomon." Autobiographische Lesung mit Sally Perel im Rahmen der Reihe "Umkämpftes Gedenken". 19.00 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Montag, 6.6.

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Dienstag, 7.6.

PDS-Kreisvorstand. 19.30 Uhr, PDS-Büro

Mittwoch, 8.6.

PDS-Mitgliederversammlung. 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

Donnerstag, 9.6.

Runder Tisch für Menschenrechte, gegen Rassismus und Rechtsextremismus. 19.00 Uhr, Interkult. Zentrum/ Antirassismus-Telefon, Maxstr. 11

Montag, 13.6.

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Mittwoch, 15.6.

Essener Friedensforum. 19.00 Uhr, Volkshochschule, Burgplatz

Montag, 20.6.

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Dienstag, 21.6.

Pro Asyl/Flüchtlingsrat. 19.00 Uhr, Interkulturelles Zentrum

Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das „Stadtrotinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname Straße

.....
Postleitzahl, Ort

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.

Impressum:

„Stadtrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen, An St. Marien 1, 45141 Essen.

Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906,

www.pds-essen-im-rat.de, e-mail: buero@pds-essen-im-rat.de

Doppelpass-Anschreiben:

Ein Flop in Essen – Menschen weiter verängstigt

Über 2.000 Deutsche, die seit dem Jahre 2000 eingebürgert wurden und vorher türkische Pässe hatten, sind in den letzten Wochen vor der Landtagswahl von der Essener Meldebehörde angeschrieben worden, ob sie die türkische Staatsbürgerschaft wieder angenommen haben.

Damit hätten sie eine nach dem seit 2000 gültigen Staatsbürgerschaftsrecht unzulässige doppelte Staatsbürgerschaft. Die Rückläufe hielten sich in Essen in Grenzen. Auf eine Anfrage der PDS-Ratsgruppe teilte Oberbürgermeister Dr. Reiniger im Stadtrat mit, dass sich bis Ende April lediglich 116 Angeschriebene erklärt haben. 15 teilten mit, sie hätten die türkische Staatsbürgerschaft wieder angenommen – also nicht einmal ein Prozent der Angeschriebenen.

Insgesamt ist die Anschreibekaktion in Essen ein Flop. Sie geht auf eine Anweisung von Landesinnenminister Dr. Behrens (SPD) zurück, der damit vor heftigem Druck aus der CDU einknickte und viele Tausend Deutsche türkischer Herkunft in NRW unter Generalverdacht stellte. In den Anschreiben wird damit gedroht, dass Doppelstaater „Wahlbetrug“ begehen und sich strafbar machen, wenn sie wählen gehen. Die Veränderungen im Wählerverzeichnis sind in Essen in diesem Jahr aber nicht größer als in anderen Jahren und können vielfältige Ursachen haben. Trotzdem, der politische Flurschaden ist sehr groß. Der Vorsitzende der Ausländerbeiräte NRW, Tayfun Keltec, erklärte: „Es ist ein besonderer Hohn, dass die Verantwortlichen für das Gesetz nun ausgerechnet diejenigen krimina-



lisieren, die unter den unsinnigen Bestimmungen des Gesetzes (grundsätzlicher Ausschluss der doppelten Staatsangehörigkeit für Menschen über 18 Jahren, d.Verf.) zu leiden haben. Niemand kann sagen, wie viele Menschen wirklich vom Verlust der Staatsbürgerschaft betroffen sind. Die kursierenden Zahlen verunsichern die Menschen nur und tragen nichts zur Klärung der Situation bei.“

Nach der Landtagswahl sollte so schnell wie möglich Normalität einkehren. Die von den Meldeämtern in Zusammenarbeit mit den Ausländerämtern erstellten Listen müssen vernichtet werden, die von einer Ausbürgerung Betroffenen – genau das passiert nämlich denen, die sich „outen“ – sollten unbürokratische Hilfe erhalten.

Die PDS-Ratsgruppe unterstützt die Resolution „Integration statt Ausbürgerung“, unter die die Migrantenorganisation DIDF zur Zeit Unterschriften sammelt. Dort wird an die Bundesregierung appelliert: „Es muss eine gesetzliche Ausnahme erfolgen. Den Betroffenen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, sich endgültig für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Wer keine deutsche Staatsbürgerschaft will, soll den Status vor der Einbürgerung erhalten.“

DIDF und PDS laden gemeinsam zu einem Info-Abend am 20.5.2005 um 19.00 Uhr in die VHS ein (Raum 5.40, 5. Etage). U.a. wird Rechtsanwalt Klemens Ross für Nachfragen zur Verfügung stehen.

(Gabriele Giesecke)



Aus der letzten Ratssitzung

Die Einführung eines verbilligten Tickets für Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II, ein Job-Sucher-Ticket, soll in Verhandlungen mit der EVAG und dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr geprüft werden. Die PDS-Ratsgruppe hatte einen entsprechenden Antrag gestellt. Ziel ist es, insbesondere die Job-Suche, zu der die Alg-II-Bezieher/innen verpflichtet sind, zu ermöglichen. Im Regelsatz für Alg II sind nur 20,40 Euro pro Monat für Fahrkosten vorgesehen, damit kommt man nicht weit. Die PDS hat darauf hingewiesen, dass auch die Bezieher/innen von Grundsicherungsleistungen in die Regelung einbezogen werden sollten.

Eine peinliche Schlappe erlitt die Stadt Essen bei dem Versuch, gemeinsam der Stadt Gelsenkirchen und dem RVR das Pfingstjugendtreffen im Revierpark Nienhausen zu verbieten, zu dem u.a. die MLPD aufgerufen hat. Sowohl das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen als auch das Oberverwaltungsgericht Münster hielten die Verbotsgründe für hergeholt. In einem gemeinsamen Ratsantrag forderten PDS, DKP und AUF die Stadt Essen auf, zukünftige Pfingstjugendtreffen nicht mehr mit scheinheiligen Begründungen untersagen zu wollen. Der Antrag fand erwartungsgemäß keine Mehrheit im Rat, legte den Finger aber noch einmal in die Wunde eines willkürlichen Vorgehens der Verwaltung.

Ein Antrag der DKP, einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Reduzierung der Feinstaubbelastung im Stadtgebiet vorzulegen, wurde in die Ausschüsse verwiesen. Der Antrag wurde von der PDS unterstützt.

(Gabriele Giesecke)